kommen des ganzen Paktgedankens. Sicherlich ist es für deutsche Ohren nicht angenehm, in dem Gedankenaustausch zwischen Paris und London, der dem Memorandum Briands vorausging, immer wieder den Rhein als englische Interessenzone genannt zu finden, ganz ähnlich wie den Jangtsekiang oder den Nil.

Aber in der Tatsache, daß England die Grenze seines Weltreiches heute an den Ufern des Rheines erblickt, liegt für Deutschland unter den jetzigen Verhältnissen der einzige positive Schutz des Rheinlandes vor dem französischen Imperialismus. Wäre der Rhein keine englische Interessenzone, so wäre unter Umständen das Rheinland längst zu einer französischen Provinz oder zu einem von Paris völlig abhängigen Vasallenstaat geworden.

Wir dürfen uns natürlich andererseits auch nicht darüber täuschen, daß England, trotz aller Versicherung des Gegenteils, zur Zeit keine französisch-deutsche Verständigung wünscht, weil es der Ansicht ist, daß ein geschwächtes Deutschland diese Verständigung nur mit der völligen Abhängigkeit von dem weit stärkeren Frankreich bezahlen könnte, und daß damit indirekt Frankreichs Herrschaft über den Rhein stabilisiert wäre.

Deutschland führte deswegen den Ruhrkampf und alle späteren Kämpfe im Auftrag und im Interesse Englands, und wenn es jetzt die Gedankengänge Briands ablehnt, so tut es damit im Interesse Englands nur das, was man aus taktischen Gründen in London nicht tun wollte, als man dort das Memorandum Briands seinerzeit überließ.

* * *

Sicher übt damit England eine Art Vormundschaft und Schutzherrschaft aus. Aber wir haben zur Zeit nur die Wahl zwischen englischer Vormundschaft und französischer Versklavung. Die englische Vormundschaft bietet immer noch begründete Hoffnung, eines Tages irgendwo eine Tür ins Freie zu finden. Vorausgesetzt, daß wir nie vergessen, daß England nur seine Interessen verficht und daß wir alle unsre taktische und diplomatische Kunst aufwenden müssen, um diese englischen Interessen soweit als notwendig oder möglich mit den deutschen Interessen zu verbinden.

Hieran müssen wir vor allem bei der Beratung über den Artikel 16 des Völkerbundspaktes und seinen Auswirkungen auf die gesamte deutsche Ostpolitik denken. Wir verteidigen den Rhein für England, weil wir ihn auch für uns selbst erhalten wollen. Aber wir müssen uns davor hüten, der Soldat Englands im Falle eines Ostkrieges zu werden. Der „Daily Express" meint heute morgen, die deutsche Antwortnote sei ein stilles, vornehmes Begräbnis des Sicherheitsgedankens. Wir wollen nicht ganz so pessimistisch sein, wie das Blatt der englischen Isolationspolitiker. Wir wollen vorläufig noch mit der deutschen Note glauben, daß auf ihrer Grundlage Beschleunigung des Gedankenaustausches über einen Pakt entstehen wird. Der Gedanke einer internationalen Konferenz ist aufgetaucht. Sicherlich wird sie am Ende der Verhandlungen stehen müssen, aber der Weg zu diesem Ende erscheint uns noch sehr, sehr weit.

Th. Sch.

Verleumdete sächsische Offiziere

× **Berlin**, 22. Juli. Durch das belgische Kriegsgericht in Namur war, wie bereits in der Presse veröffentlicht worden ist, Ende April d. J. wegen der bekannten Vorgänge in Dinant am 23. und 24. August 1914 eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere im Abwesenheitsverfahren verurteilt worden. Unter anderem war gegen General der Infanterie a. D. Horst Edler von der Planitz, Generalleutnant Mathias Hoch, Generalleutnant Kurt Rudolf v. Neyher, Generalmajor a. D. Graf Bernhard v. Kielmansegg und Oberstleutnant Ernst v. Jeschau wegen Erschießung von Zivilpersonen und Einäscherung von Häusern die Todesstrafe verhängt worden.

Wegen der gleichen belgischen Beschuldigung hatte das Reichsgericht gegen diese Offiziere ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, das jetzt zum Abschluß gelangt ist. Das Reichsgericht hat festgestellt, daß keine strafbaren Handlungen vorliegen, da die Offiziere nach Kriegsrecht gehandelt haben und ihre Maßnahmen durch die Kriegsnotwendigkeiten geboten waren. Das Verfahren gegen sie ist daher eingestellt worden.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote

× **Berlin**, 22. Juli

Die Antwortnote, die die Deutsche Regierung am 20. Juli der Französischen Regierung auf deren Note vom 16. Juni überreicht hat, hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung hat die von Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter Herrn de Margerie am 16. Juni überreichte Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort mit Genugtuung, daß die Französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, die Festigung des Friedens gemeinsam mit der Deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten. Die Alliierten Regierungen wünschen indes vor der Einleitung sachlicher Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deutschen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine Reihe konkreter Vorschläge, zu denen sie die Stellungnahme der Deutschen Regierung erbitten. Diese Vorschläge sind zwar auf den Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, gehen diesen Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andre Richtung und fügen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinzu. Die Deutsche Regierung will in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung, aus dem ihre eigenen Anregungen hervorgegangen sind, nachstehend

ihre Ansicht über die alliierten Vorschläge

darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Aeußerung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und ihre Stellungnahme zu den Einzelpunkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu sollen.

I.

Die Alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine

Aenderung der Friedensverträge

mit sich bringen dürfe. Die Deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die Alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Aenderung der bestehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die Deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll,

bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Uebereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen

Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Satzung des Völkerbundes derartigen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Wenn die Alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden, vertraglichen Bestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer Aenderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die Alliierten Regierungen jedoch beabsichtigen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schlechthin maßgebend hinzustellen, so möchte die Deutsche Regierung dementgegen darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutsame Aenderung darstellen würde, daß sie

nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten

und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte.

II.

In dem System, das die alliierten Regierungen in der Note vom 16. Juni für den Sicherheitspakt entwerfen, wird eine hervorragende Rolle den

Schiedsverträgen

zugewiesen, die Deutschland mit den ihm benachbarten Signatarstaaten des Versailler Vertrages abzuschließen hätte. Die Gestaltung der Schiedsverträge in diesem System gibt jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, die noch der Aufklärung bedürfen. Die Deutsche Regierung hat Schiedsverträge beabsichtigt, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe andrer Mächte abgeschlossen worden sind. Verträge dieser Art, die in Analogie zu den entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundssatzung aufgebaut sind, erschöpfen nach Ansicht der Deutschen Regierung die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegebenen Möglichkeiten, eine schiedliche Regelung von Staatenkonflikten mit Aussicht auf praktischen Erfolg herbeizuführen.

Bei den alliierten Vorschlägen scheint an ein andres System gedacht zu sein

Was dabei vor allem in die Augen fällt, sind die von den Alliierten Regierungen vorgesehenen Ausnahmefälle, in denen ein gewaltsames Vorgehen der Staaten gegeneinander zulässig sein soll. Die Deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni wie auch den veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der Französischen und der Königl. Großbritannischen Regierung nur dahin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Absicht der Alliierten Regierungen das gewaltsame Vorgehen ohne irgendein vorhergehendes objektives Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein andres internationales Verfahren — erfolgen kann. Wenn das zutrifft, so würde sich daraus ergeben, daß die Alliierten Regierungen zum Beispiel die Entscheidung über die

Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Repressalien wegen der Reparationsverpflichtungen

nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die Deutsche Regierung den Alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einzuräumen hätte, ohne vorhergehendes objektives Verfahren gegen Deutschland militärisch einzuschreiten, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Verstoß gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliege.

Ebenso bedenklich wären die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstruktion der Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte. Das Eingreifen des Garanten würde zwar von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein, der Garant hätte aber das Recht, nach freiem und einseitigem Ermessen darüber zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen im gegebenen Falle zutreffen. Das würde bedeuten, daß der Garant zu bestimmen hätte, wer bei einem Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten des Schiedsvertrags als Angreifer zu gelten hat, und zwar würde er diese Befugnis selbst dann haben, wenn er gegenüber dem einen Kontrahenten durch ein Sonderbündnis verpflichtet ist.

Es liegt auf der Hand, daß das Garantiesystem durch derartige Konstruktionen einseitig zuungunsten Deutschlands durchbrochen werden würde

Das Ziel einer wirklichen Befriedung, wie es von der Deutschen Regierung in Uebereinstimmung mit den Alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die Deutsche Regierung möchte sich deshalb der Hoffnung hingeben, daß ihre Besorgnisse in diesen Punkten von den Alliierten Regierungen beseitigt werden können. Sie glaubt das um so mehr erwarten zu dürfen, als sich das Garantiesystem sonst mit dem Geiste der Völkerbundssatzung nicht in Einklang bringen lassen würde. Während nach der Völkerbundssatzung die Frage, ob eine Friedensstörung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach dem in der französischen Note entworfenen System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein. Ein solches System würde die Friedensordnung nicht stützen und könnte sogar die Gefahr ernster Verwicklungen heraufbeschwören.

III.

Nach Auffassung der Deutschen Regierung würde für die Verwirklichung der Grundgedanken des deutschen Memorandums der

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

keine notwendige Voraussetzung sein. Die Alliierten Regierungen dagegen sind ihrerseits der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angeregte Sicherheitspakt nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt. Bei der großen Bedeutung, welche die Deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beimißt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben. Sie muß indes darauf hinweisen,

daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf

Der Standpunkt der Deutschen Regierung in dieser Frage ist den Alliierten Regierungen aus dem ihnen im September v. J. überreichten Memorandum sowie aus der deutschen Note an den Völkerbund vom 12. Dezember v. J. bekannt. Die in der französischen Note angeführte Note des Völkerbundsrats vom 18. März d. J. hat die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Uebernahme der Verpflichtungen aus dem Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht weggeräumt. Auch nach den Ausführungen des Völkerbundsrats bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als entwaffneter Staat, der von stark gerüsteten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet, und der in der Geschichte immer wieder Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Verwüstung durch kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde.

Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung auch die in der Völkerbundssatzung und in der Einleitung zu Teil V des Versailler Vertrags vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitspanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die Deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angedeuteten Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutsame Annäherung der beiderseitigen Anschauungen feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernsten Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das anzustrebende Ziel fest im Auge behalten und

dem unerläßlichen Erfordernis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit

Rechnung tragen. Die Deutsche Regierung glaubt deshalb, hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach sicheren Bürgschaften für Ruhe und friedliche Entwicklung sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Deutscher Reichstag

98. Sitzung, 21. Juli

Es erfolgt die zweite Beratung der Vorlage zur Aenderung der Versorgungsgesetze, soweit Kriegsbeschädigtenfragen betreffen.

Abg. **Rosenmann** (Soz.) weist darauf hin, daß Millionen Menschen durch das vorliegende Gesetz berührt würden. Die Regierungsparteien hätten den Kriegsopfern goldene Berge versprochen, hätten zahlreiche Anträge gestellt, die jetzt aber alle für erledigt erklärt werden sollen. Die Deutschnationalen hätten insgesamt einen Mehraufwand von 165 Millionen verlangt, demgegenüber seien die sozialdemokratischen Forderungen ein Musterbeispiel oppositioneller Zurückhaltung gewesen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns entgegnet der Opposition, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Nach dem alten Recht wurden insgesamt 960 Millionen aufgewendet, nach dem neuen eine Milliarde. Die Regierung verfolgte den Grundsatz: je größer die Not, desto mehr Fürsorge.

Abg. **Budjuhn** (Deutschnat.) beklagt es, daß die sozialdemokratische Fraktion eine wahre Volksfrage durchaus zu einer Parteisache stempeln wolle.

Abg. Dr. **Heutz** (Dem.) bedauert die parteipolitische Zuspitzung, die diese Debatte erfahren habe. Die Finanzlage erlaube nicht, über die Ausschußbeschlüsse hinauszugehen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Ueber sozialdemokratische Anträge auf gesetzliche Festlegung der Heilbehandlung der Hinterbliebenen und auf Erhöhung der Grundrente wird namentlich abgestimmt. Der erste Antrag wird mit 230 gegen 138 Stimmen bei einer Enthaltung, der zweite mit 229 gegen 157 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Mit den Regierungsparteien stimmen auch die Demokraten.

Ueber einen völkischen Antrag auf Erhöhung der Schwerbeschädigtenzulage muß Hammelsprung [illegible]

Heinrich Suso und das Buch

Von **Klabund**

Als Heinrich Suso in Straßburg am Rhein wanderte, fiel ihm sein Buch, in dem er seine Gedanken und Träume zu verzeichnen pflegte, in den Strom. Da ihm das Buch lieb war wie ein eigenes Kind, sprang er, obwohl des Schwimmens kaum kundig, dem Buch nach, bekam es auch zu fassen, sank aber selbst unter und wäre elend ertrunken, wenn nicht ein Schiffer in der Nähe gewesen, der ihn an Land gezogen.

Als er nun im Hause des Schiffers lag und aus der Ohnmacht erwachte, war sein erstes Wort: „Wo ist mein Buch?" Und der Schiffer gab ihm das Buch. Da frohlockt' Heinrich Suso.

Als er es aber aufschlug, da waren es leere, weiße Seiten, die ihm entgegenleuchteten. Das Wasser des Rheines hatte alle seine Gedanken und Träume weggewaschen und war kein Wort mehr enthalten als nur die Ueberschrift des Buches: Mein Leben.

Da erschrak Heinrich Suso:

Wie war ich hochmütig und glaubte, mich in das Buch der Ewigkeit eingeschrieben zu haben, und nun finde ich darin nicht einen Satz, nicht ein Wort, nicht einen Buchstaben, der wert gewesen wäre, bewahrt zu bleiben!

Und nahm das Buch und schenkte es dem Kinde des Schiffers, das gerade in die Schule gekommen war, für seine ersten Schreibübungen.

Der Strauß für Battistini

Sie brauchen nicht zu erschrecken, meine Dame. Ich will Ihr Geheimnis nicht verraten. Wie könnte ich es auch! Ich weiß nur, daß der Strauß dunkelroter Rosen, den Sie warfen, nicht von Battistini aufgehoben wurde, sondern liegen blieb, bis ihn irgendwer aufnahm und ihn irgendeinem der andern Künstler gab . . .

Ich sah, wie Sie ganz erstarrt standen unter denen, die sich erhoben hatten, die riefen, klatschten, daß Sie bleicher waren als vorher. Und daß Sie eilig Ihre Reihe verließen, das Theater . . .

Es war eine ganz unauffällige Szene. Wer weiß, ob sie noch irgend jemand bemerkt hat. Sie können außer Sorge sein, gnädige Frau.

Es hat mir leid getan, daß Battistini diese schönen roten Rosen nicht sah und nahm. Was für schöne Blumen! Sie waren gewiß aus Ihrem Garten? Sie hatten sie am Morgen wohl selbst geschnitten? Vielleicht haben Sie sie den ganzen Tag in Ihrem kleinen, kühlen und hinter geschlossenen Jalousien dämmerigen Schlafzimmer in der geschliffenen Schale auf Ihrem Tisch gehabt? Einen ganzen Tag den Weinduft der herrlichen Blüten geatmet. Und sich gefreut, sie am Abend ihm hinzuwerfen. Als Dank . . . als Dank . . .

Ich weiß, Sie sind keine von den jugendlichen Schwärmerinnen, die vorn an der Rampe sich aufstellen, um den Gefeierten mit Blumen zu überschütten. Vielleicht haben Sie noch nie irgend jemand Blumen auf die Bühne geworfen.

Nein, niemand hat Sie im Verdacht irgendeiner Schwärmerei oder Sentimentalität. Ich sah einen Augenblick, als Sie das Papier von den Blumen rissen, einen Augenblick, ehe Sie warfen, Ihr Gesicht. Sind Sie immer so versunken und brennen Ihre dunkeln Augen immer so? Ihre Stirn und Ihr Kinn verraten einen klugen Menschen. Und gewiß werden Sie verständnisvoll und begeisterungsfähig über Battistinis Gestaltungen reden können, wenn man Sie fragt, wie „es" gewesen ist.

Man wird Sie bestimmt fragen. Und Sie werden ausführlich berichten müssen. Es wird Ihnen über diese zweite Königsrolle nicht so leicht werden, wie über die erste. Und ich weiß, daß niemand von dem Rosenstrauß erfahren wird, den Sie heimlich, wirklich heimlich, unter Ihrem Cape verborgen, aus dem Hause trugen.

Und niemand wird von Ihrem Mißgeschick erfahren, daß die Rosen nicht von Battistini aufgehoben wurden, daß er nichts davon weiß, daß er diesen Strauß besonders schöner dunkelroter Blüten nicht bemerkte . . .

Wenn ich geahnt hätte, wie weh Ihnen dieses Mißgeschick tut, ich würde Ihnen geraten haben, die Blumen in einer andern Szene zu werfen. Als Battistini allein auf der Bühne war. Aber Sie waren gewiß zu unruhig vorher. Zweimal mußte der Vorhang fallen, ehe die Szenen des Königs kamen. Und dann, ja dann waren Sie natürlich wie wir alle wieder so beglückt von dem Wunder dieses Gesanges, der wirklich wie eine Art zauberhafter Rede erklang, atmete, lebte. Und Sie waren, wie wir alle, im Bann dieser Gestalt, dieser Gesten, dieses Blickes, dieser Hände. Haben Sie die Hände des Fünfundsiebzigjährigen bemerkt?

Natürlich! Sie haben ja seinen Kaiser Karl sich so eingeprägt, daß nichts in der Welt Sie zurückgehalten hätte, ihn auch in seiner zweiten Rolle zu hören und zu sehen. Ich glaube Ihnen, daß die paar Viertelstunden, die er sang und spielte, Ihnen mehr gewesen sind, als viele andre Stunden der Kunst. Ich weiß, wie ein solches Erlebnis das in uns tausendmal Verknotete, das Ineinander-Gewachsene des inneren Lebens lösen kann, diese Unterschicht, diesen Rest von vielem Leben, vielem Glück, vielem Leid . . .

Es war ein persönliches Geschenk, das Ihnen dieser berühmte Mann brachte. Und Sie wollten ihm persönlich danken.

Vielleicht lächeln Sie heute schon wieder über Ihre Tränen an jenem Abend? Ihre Gabe kam nicht in die Hand dessen, dem sie bestimmt war. — Es werden wohl schon mehr Blumen von fremden Füßen zertreten worden sein, statt den zu erfreuen, dem sie galten. Es sind schon viele Blumen verwelkt, schon viele Kränze der Liebe . . . Meinen Sie nicht auch?

A. G.

Adolf Dietrich, Tagelöhner und Maler

Von **Leonhard Adelt** (München)

Wie lange ist es her, seit wir den See verließen? Vierzehn Jahre, ach, die Zeit vergeht! Doch die Landschaft bleibt im Raum, und Menschenwerk überdauert seinen Schöpfer. Das fließende Band des Rheins bindet den Untersee an den Bodensee, die beiden klobigen Eckentürme von Gottlieben halten am Strompaß Wacht. Putzige Moorle — Taucherchen — kippen kopfüber, ein Wildschwanpaar gleitet kronenstolz zwischen Sandbänken. Die Hügelkuppen mit den Ausrufzeichen der nackten Rebenstöcke und die saftgrünen Wiesenhänge schwingen sanft in Landungen aus, auf denen tausendjährig, Dörfer nisten. Auf der makadamisierten Dorfstraße, in deren Regenblankheit sich die alten Fachwerkhäuser mit Schindelerkern und weit ausladenden schmiedeisernen Schildern spiegeln, und am Seeufer, das Schutt und Unrat schmählich überrollt, tummeln sich genau die gleichen schwarzköpfigen Bübli und blondbezopften Meidli wie damals — und sind doch schon das folgende Geschlecht. Mariele Dietrich, die mit meinem Buben auf der Straßenschwelle spielte, sitzt heiratsreif hinter der Nähmaschine, und mein Bub versteht ihr Schwyzerdütsch nicht mehr.

Zeit liegt dazwischen — ihre Wegemarke Krieg warf einen tiefen Schatten in die Schweiz. Krieg ist den Unterseeschweizern: Bursch und Roß sind auf Grenzwacht eingezogen, Hunger starrt vom deutschen Ufer, Deserteure treiben nachts auf Balken an, Sparbanken brechen der Reihe nach zusammen, Patrizierfamilien gehen unter, Kriegsgewinnler kommen hoch, und alle Preise ziehen an. Die Inflation brachte Konstanzer Gas und altgekaufte Autos in die Uferdörfer.

Wäre diese Wegemarke nicht — das Fließen der Zeit bliebe unbemerkt wie das des unsichtbaren Rheines durch den See. Dem siebzigjährigen Schlosser Kaspar, der in meinen Büchern vorkommt und dessen Tochter Justine uns als Postwirtin von Berlingen nahrhaft betreut, hängt die Stummelpfeife noch genau so vom Balkon seiner Unterkiefer, und Frau Füllemann, die Plätterin von gegenüber — ja, wie alt sind Sie denn? „So an die siebzig. Ich bin 61 geboren." Dann sind Sie doch vierundsiebzig. „So? Kann schon sein." Und um Marieles Onkel Adolf, den Maler, gibt es in der Familie Dietrich ein Gerate. Fünfundvierzig wird er sein, oder fünfundfünfzig, oder mehr?

Der Adolf Dietrich haust noch einsplänig in seinem Häuschen am See. Es ist Feiertag und Sonnenschein, da ist er mit Pinsel und Bleistift unterwegs, denn werktags ist er auf Tagelohn bei Bauern, und zwischendurch heißt es das eigene Feld bebauen. Nach einigen vergeblichen Versuchen treffen wir ihn daheim. Der enge Hausflur ist dunkel und voll Gerät; am Hausausgang steht in Hemd und Hose Dietrich und wischt seine Hasen. Die weiße Kaninchenwolle häuft Schneeflocken zu seinen Füßen; ein kleines Mädchen aus der Nachbarschaft schaut zu. Der Maler hat dasselbe zerfurchte Gesicht wie sein Bruder, der Sticker, und seine blauen Augen strahlen treuherzige Güte. Ueber hohe Stiegen geht es in eine Kammer. Bücher stapeln sich, sein Freund Walter Jerven hat sie ihm geliehen. In zwei Aquarien umschwimmen Fische Unterseegetier, Rohrdommeln, Taucherchen und Kiebitze sind ausgestopft auf Fußbretter genagelt. Ein paar Bilder andrer Maler sind rahmenlos mit Heftzwecken an die Bretterwand gespießt. Auf dem Bordbrett stehen zwischen Tassen zwei halbfertige eigene Bilder. In einer andern Kammer, zwischen Zwiebeltrollen, Farbtöpfen und Kisten, hängen Porträts, und eine [illegible] Pappschachtel ist voll Skizzen aus früher und neuer Zeit. Vierzig Bilder sind gerade in Mannheim ausgestellt — sechsunddreißig davon schon verkauft.

Ich krame in der Schachtel, und ein Schicksal rollt sich auf. Ein angeborenes Talent tastet blind, bis es mit traumwandlerischer Sicherheit zu seiner Zielerfüllung. Es ist Schülerhaftes in den Anfängen, auch späterhin technisch Mangelhaftes, aber kein Dilettantismus. Das schmale Bauernknechtlein erfaßt es mit dem Bleistift, vom Schatten aus das Gegenständliche zu fassen. Der ausgestopfte Vogel erfüllt farbenzart vor violettem See und hauchrosa Bergen. Die Seele des jungen Schweizer Bauern weilt in Zwang, während er seine Aquarelle träumt. Altmeisterlich mit strengen Konturen, jede Arbeitsschwiele und jede Sorgenfalte herb betont, treten die Eltern und der Mann gewordene Maler aus dem Grund. (Man [illegible] zur Abwechslung, heute wieder so in der Neuen Sezession.) Unerschöpflich in immer neuen Stimmungen, Motiven, Variationen schenkt sich dem einsam Wandernden die Landschaft seines Sees. Die brennenden Farben und die Ueberdeutlichkeit der Ferne vor dem Föhn, erntegelbes Feld, grauverhangener Himmel, ausbrechender Frühling — dieselbe Landschaft ist zu jeder Jahreszeit, mit jedem Sonnenstrahl, mit jeder Wolke neu. Gern und spielerisch setzt Dietrich die Staffage eines Rehs, eines Hasen in den Vordergrund; er ist ganz naiv, Rudolf Sieck wirkt daneben wie ein Literat.

Adolf Dietrich weiß nichts von Japan und Neuer Sezession. Nie hatte er Lehrer, alles ist aus ihm. Nie konnte er sich an alten oder neuen Meistern bilden. Seine vage Sehnsucht ist seit zwanzig, dreißig Jahren

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250723/2